

DEUTSCHE POLITIK

ZUR INNENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM SOMMER 1964

Der Berichtsabschnitt war besonders gekennzeichnet durch Spannungen, Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen innerhalb der Bonner Koalition, von denen diejenigen innerhalb der Unionsparteien noch größer waren als die zwischen der Union und ihrem liberalen Regierungspartner. Immer deutlicher zeichnete sich die Bildung einer gegen die Außenpolitik des Bundeskanzlers *Erhard* und seines Außenministers *Schröder* in scharfem Widerspruch stehenden Gruppe ab, die unter der geistigen Führung des Altbundeskanzlers *Adenauer*, besonders aber auch des ehrgeizigen und dynamischen, um Rückkehr in eine Regierungsposition bemühten CSU-Vorsitzenden *Franz Josef Strauß* steht.

Gespräche am Tegernsee

Bundeskanzler *Erhard* benutzte die Pfingstfeiertage, einige prominente Politiker seiner Partei zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten in sein Landhaus am Tegernsee einzuladen, unter ihnen vor allem *Strauß*, der mit seinen Angriffen auf *Schröder* unverkennbar auch dessen Nachfolge anzustreben scheint. Die Argumente von *Strauß* scheinen am Tegernsee nicht ganz mit seinem Ehrgeiz Schritt gehalten zu haben. Der Bundeskanzler hatte ihn zuvor gebeten, seine außenpolitischen Vorstellungen schriftlich niederzulegen. *Strauß* hat den Brief nicht geschrieben und offenbar auch mündlich kein klares Konzept mitgebracht. *Erhard* seinerseits beschwichtigte die Besucher mit der Erklärung, von einer „neuen Welle“ in der Außenpolitik könne nicht gesprochen werden, und es gebe keine Änderung der Ostpolitik.

Trotz der als „neue Bestandsaufnahme“ deklarierten Begegnung war die Beruhigung nur von kurzer Dauer. Als der Bundeskanzler und sein Außenminister Anfang Juli zu einem Staatsbesuch in Dänemark weilten, bereiteten *Adenauer* und *Strauß*, unterstützt von Sonderminister *Krone* und dem geschäftsführenden CDU-Vorsitzenden *Dufhues*, eine offene Revolte gegen die amtliche Außenpolitik vor. Ausgangspunkt war die Begegnung, die *Erhard* eine Woche zuvor in Bonn mit dem französischen Staatspräsidenten *de Gaulle* gehabt und in der er die Bildung einer politischen Zweierunion mit antiamerikanischem Affekt abgelehnt hatte.

Diesmal mißlang die Spekulation auf *Erhards* Nachgiebigkeit. *Strauß* mußte noch auf der CSU-Landesversammlung in München, die er sich als Resonanzboden seiner Ambitionen ausersehen hatte, einen Rückzieher machen. *Erhard* berief sich auf seine Richtlinienkompetenz als Bundeskanzler. Auf die Behauptung von *Strauß*, der Kanzler besitze diese Kompetenz nur, wenn er die Koalitionsparteien hinter sich habe, stellte *Erhard* richtig, daß er nur die Mehrheit im Parlament brauche. Er konnte dies um so eher, als er wußte, daß er in der Sachfrage Sozialdemokraten und Freie Demokraten hinter sich hatte und ein konstruktives Mißtrauensvotum nicht zu fürchten brauchte.

Seebohms Extratouren

Eine außenpolitische Variante besonderer Art innerhalb der Bundesregierung und der CDU/CSU verfolgt der Bundesverkehrsminister *Seebohm* in seiner Eigenschaft als Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Hatte noch ein Bonner Regierungssprecher — auf eine Rede des tschechoslowakischen Staatspräsidenten *Novotny* anlässlich des 19. Jahrestages der Befreiung Prags — erklärt, die Bundesregierung habe Rechtsansprüche immer nur auf die deutschen Grenzen von 1937 erhoben, so sprach sich *Seebohm* kurz darauf in einer Pressekonferenz für die Gültigkeit des Münchener Abkommens von 1938 über die Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich aus. Auf dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen in Nürnberg erregte er großes Aufsehen im In- und Ausland durch widersprüchliche Äußerungen wie etwa die Forderung nach Rückgabe der „geraubten sudetendeutschen Heimatgebiete an das sudetendeutsche Heimatvolk“, was „nicht primär gleichbedeutend“ mit der Forderung nach der Verschiebung der Staatsgrenzen sei.

Die Proklamierung dieses außenpolitischen Gegenverkehrs durch den Verkehrsminister steht im Widerspruch zu der Kompetenz des Bundeskanzlers, die Richtlinien der Politik festzulegen und bringt die Bundesregierung in den Verdacht der Doppelzüngigkeit. Der Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen hat *Seebohm* in diesem Zusammenhang „Mißbildung der öffentlichen Meinung“ vorgeworfen, den Fernsehmannern sogar, sie ließen sich „von den Politruks innerhalb des tschechischen Volkes Sand in die Augen streuen. . . oder sogar noch mehr“ — was offensichtlich den Vorwurf der Bestechlichkeit einschließen soll.

Innerhalb der CDU/CSU sieht man natürlich die Gefahren, welche die Uneinigkeit über den außenpolitischen Kurs für die Unionsparteien bei den nächstjährigen Bundestagswahlen heraufbeschwören kann. Der geschäftsführende Vorsitzende *Dufhues* bemüht sich, sicherem Vernehmen nach, daher um ein

Abkommen zwischen „Gaullisten“ und „Atlantikern“, wie es heißt: „Zur Bekämpfung der Auseinandersetzungen über die Intensität der Europapolitik“ — ein Abkommen, das mindestens bis zu den Bundestagswahlen gelten soll. Aber hier kann schon das Buch des Bundestagsabgeordneten *Karl Theodor Freiherr von Guttenberg* über die durch das deutsch-französische Freundschaftsabkommen aufgeworfenen Probleme neuen Diskussions- und Sprengstoff schaffen.

Das Dilemma der Freien Demokraten

Das Verhältnis zwischen den Unionsparteien und dem kleineren Koalitionspartner wurde treffend auf dem XV. Bundesparteitag der Freien Demokraten in Duisburg in den ersten Junitagen beleuchtet. Der Lagebericht von Dr. *Erich Mende* war nicht die Rede eines Parteiführers, sondern mehr der Rechenschaftsbericht des Gesamtdeutschen Ministers, der dem Koalitionspartner möglichst wenig wehe zu tun versuchte. Die Verwischung des eigenen Gesichts gipfelte in dem Satz Mendes: „Es wird an uns liegen, unsere Mitbürger bis zum Herbst 1965 darüber aufzuklären, daß man erst recht FDP wählen muß, wenn Professor Erhard an der Spitze dieser Regierung bleiben und kein Übergangskanzler gewesen sein soll, wenn Außenminister Schröder seine bewegliche Außenpolitik weiterführen und nicht einem CSU-Abgeordneten Platz machen soll.“ Die Delegierten, beunruhigt durch die Stimmung im Lande, welche die Partei nach Meinungsbefragungen auf eine Sympathiequote von 6 vH zurückgeworfen hat, äußerten Unzufriedenheit mit Mende. Der Berliner Landesvorsitzende *Borm* fragte, ob die Aufforderung, FDP zu wählen, um zwei Politiker einer anderen Partei zu retten, wirklich ausreiche, eine eigene Politik der FDP glaubhaft zu machen. Dufhues gar bedachte Mendes unglückliche Parole „Erhard und Schröder brauchen die FDP“ mit der höhnisch-kalten Dusche: „Die FDP braucht Erhard.“

Bundestagsfraktionsvorsitzender *Freiherr von Kühlmann-Stumm* kleidete die Sorgen, welche die FDP gegenüber den Unionsparteien hat, in die Worte, es sei nicht ganz leicht, mit einem Koalitionspartner zusammenzuarbeiten, in dessen Reihen einige maßgebliche Persönlichkeiten nach wie vor den Dolch des Mehrheitswahlrechtes im Gewande trügen. Ein Diskussionsredner formte daraus das selbstanklägerische Bonmot, die Freien Demokraten dürften sich nicht über den Hang der anderen zum Zweiparteiensystem beklagen, wenn sie selbst ein Aderthalbparteiensystem mit der CDU praktizierten.

In die allgemeine Mißstimmung des Duisburger Parteitages platzte schließlich noch die Nachricht von dem Übertritt eines Prominenten, des früheren Bundesjustizministers *Stamm-*

berger, zu den Sozialdemokraten. Begründung Stammbergers für seinen Schritt: Nur eine starke SPD könne die Rückkehr von Franz Josef Strauß in ein Ministeramt verhindern.

Von dem auf dem vorjährigen Bundesparteitag in München verkündeten Ehrgeiz der FDP, eine Volkspartei zu werden, war diesmal, in Duisburg, nichts mehr zu verspüren. Auch *Willy Weyer*, der stellvertretende Vorsitzende und nordrheinwestfälische Innenminister, wiederholte sein damaliges Angebot nicht, ein „blauer Dufhues“ zu werden. Auf dem Duisburger Parteitag ist dem kritischen Beobachter klargeworden: Wenn die FDP nach einem eigenen Profil sucht, das ihr auch ohne die Gnade der CDU/CSU gestattet, eine eigene Partei zu sein, so bleibt ihr nichts anderes übrig, als eine wirklich liberale Kulturpolitik zu treiben.

Der „Fall Bucher“

Anstelle der freiwillig ausgeschiedenen beiden stellvertretenden Vorsitzenden *Lenz* und *Leverenz* wurden Bundesjustizminister Dr. *Bucher* und der frühere Vertriebenenminister *Mischnick* gewählt, sicher tüchtige und saubere Männer, die nicht bei jedem Windstoß umfallen. Gleichzeitig wurde Dr. Bucher als Kandidat seiner Partei für die Bundespräsidentenwahl benannt. Die Frage der Zweckmäßigkeit dieser Benennung steht auf einem anderen Blatt. Interessant ist nur die Kampagne, die in diesem Zusammenhang gegen die Person Buchers von den Unionsparteien und von der ihnen nahestehenden Presse entfesselt wurde. Weil Bucher als 16- bis 18jähriger in der Hitler-Jugend war und damals das Goldene HJ-Abzeichen bekommen hat, wurde ihm von den genannten Kreisen, die schon ganz andere Leute verteidigt haben, die Befähigung zum Präsidentenamt abgesprochen, obwohl er sich inzwischen fast zwei Jahrzehnte lang als guter Demokrat rechtsstaatlicher Prägung erwiesen hat. Der unbequeme Demokrat Bucher, der u. a. im Strauß-Spiegel-Skandal einige deutliche Worte gesagt hat, mußte eine Welle pseudodemokratischer Ehrpusseligkeit über sich ergehen lassen, die es im Falle des langjährigen Adenauer-Mitarbeiters *Globke* oder anderer hoher Ministerialbeamter, wo Entscheidung angebracht gewesen wäre, leider nie gegeben hat.

Die Bundespräsidentenwahl

Die Wahl des Bundespräsidenten hat auch aus anderen Gründen die Gemüter erregt. Gegen eine Wiederwahl *Lübkes* gab es zunächst auch in seiner eigenen Partei Opposition. Aber dann einigte sich die CDU/CSU, doch auf eine neue Nominierung, besonders als bekannt wurde, daß der sozialdemokratische Parteivorstand die Wiederwahl *Lübkes* befürwortete.

Der Widerstand gegen Lübkes Wiederwahl, der durch alle Parteien ging, gründete sich vor allem auf Kritik an dem öffentlichen Auftreten des Präsidenten. Es wurden ihm Unbeweglichkeit, Taktlosigkeiten, absoluter Mangel an jener Brillanz vorgeworfen, die seinen Vorgänger *Heuss* ausgezeichnet habe. Dahinter steckte, soweit die Kritik aus Unionskreisen kam, auch mancher Ärger darüber, daß Lübke als Präsident nicht immer die Linie seiner Partei eingehalten hatte. Die Freunde und Anhänger von Franz Josef Strauß trugen ihm vor allem jenen Passus aus seiner Silvesteransprache, zwei Monate nach dem „Spiegel-Skandal, nach, in dem der Bundespräsident über Rundfunk und Fernsehen gesagt hatte: „Glücklich die Staaten, in denen die Bürger wissen wollen, aus welchen geistigen und moralischen Quellen diejenigen ihre Kräfte schöpfen, die führend sind in Gesellschaft und Staat; und weiter, ob ihre Fähigkeiten und ihr natürlicher Ehrgeiz, etwas leisten zu wollen, im rechten Verhältnis stehen zu ihrem Rechtssinn, ihrer Wahrheitsliebe und den anderen Werten unserer sittlichen Ordnung.“

Die Sozialdemokraten hatten Lübke während seiner Amtszeit als unparteiisch, pflichtbewußt und rechtlich denkend schätzen gelernt. Auch mag er ihnen, für den Fall einer Regierungsbildung mit knappen Mehrheiten, wegen seiner mutmaßlichen Neigung zur Großen Koalition akzeptabler erschienen sein als etwa Männer wie Dr. *Krone* oder Dr. *Furier*, die als mögliche Nachfolger damals bei den Unionsparteien genannt wurden.

Hintergründe der Wiederwahl

Gerade das aber war es, was die Freien Demokraten bewog, in Dr. Bucher einen eigenen Kandidaten gegen Dr. Lübke aufzustellen: die Vorstellung, Lübke sei Repräsentant und Symbol einer Großen Koalition und des Zweiparteiensystems. Sie unterstrichen diese Befürchtung noch durch die Erklärung, sie seien bereit, ihren eigenen Kandidaten zurückzuziehen und mit der CDU/CSU über jeden anderen gemeinsamen Kandidaten als Lübke zu verhandeln. Die Unionsparteien aber waren nicht bereit, dem kleineren Koalitionspartner so demonstrativ den Anspruch, Zünglein an der Waage zu sein, zu bestätigen, um so weniger, als die Sozialdemokraten inzwischen schon ziemlich sichere Zusagen für Lübke gegeben hatten. So wurde Dr. Lübke mit der starken Mehrheit von 710 Stimmen (von insgesamt 1042) wiedergewählt, freilich mit einigen Dutzend Stimmen weniger, als man gerechnet hatte. Die Zahl der auf Bucher entfallenen Stimmen war geringer, als mancher angesichts der zeitweise recht umstrittenen Wiederwahl Lübkes erwartet haben mag. Außer den Stimmen seiner eigenen Parteifreunde erhielt er nur etwa 20 Stimmen aus

anderen Parteien und Gruppen. Beträchtlich aber war die Zahl der Enthaltungen: 187. Die überwiegende Mehrheit dürfte von sozialdemokratischen Wahlmännern gekommen sein, die der offiziellen Parole, für Lübke zu stimmen, nicht folgten. Aber auch schätzungsweise 40 bis 50 Wahlmänner der CDU/CSU dürften Lübke nicht ihre Stimme gegeben haben.

Ein starkes Drittel der sozialdemokratischen Wahlmänner versagte Lübke ihre Stimme — entgegen dem offiziellen Mehrheitsbeschluß der Partei. Das waren vorwiegend die Repräsentanten jener, die der Meinung waren, die Partei sei es, ohne Rücksicht auf die wirklichen Chancen, ihrem Prestige schuldig, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Sprecher dieser Richtung waren vor allem der Hamburger Altbürgermeister *Max Bremer* und der bekannte Stuttgarter Abgeordnete *Schüttle*.

Der „Fall Heye“

Große Aufregung verursachten die Veröffentlichungen des Wehrbeauftragten des Bundestages, Vizeadmiral a. D. *Hellmuth Heye*, in der Illustrierten *Quick*, in denen dieser schwere Mängel innerhalb der Bundeswehr anprangerte und behauptete, die innere Führung sei nicht in Ordnung. Die Bundeswehr sei auf dem äußerst gefährlichen Weg, sich zu einem Staat im Staate zu entwickeln. Beachtlich ist, daß mehr als die sachlichen Vorwürfe Heyes die von ihm gewählte Form der Veröffentlichung diskutiert und kritisiert wurde.

Denen, welche die Form der Veröffentlichung kritisierten und meinten, Heye hätte den Dienstweg einhalten sollen, schien völlig entgangen zu sein, daß der Wehrbeauftragte einen großen Teil seiner Klagen bereits in seinem letzten Jahresbericht an den Bundestag vorgebracht, daß dieser aber keine Beachtung gefunden hatte. Gewiß waren die *Quick*-Berichte Heyes dank journalistischer Hilfestellung flüssiger und interessanter zu lesen; eine minutiöse Nachprüfung aber hat ergeben, daß sie sich, von wenigen Punkten abgesehen, mit dem Inhalt seines amtlichen Berichts decken. Gegen Heyes Rechtfertigung, die Veröffentlichung in der Presse sei der einzige Weg gewesen, die Öffentlichkeit auf die Mißstände aufmerksam zu machen, zumal man ihm auch nicht gestattet habe, vor dem Bundestag aufzutreten, läßt sich wenig vorbringen.

Die Kritik an der Form des Heyeschen Vorgehens stand im Zeichen des Nachwächterstaatsmottos: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“. Staatsrechtler und Bundesverfassungsgericht reden kluge Worte von der öffentlichen Aufgabe der Presse, die darin besteht, den Staatsbürger zu informieren und den Gang der

öffentlichen Angelegenheiten zu kontrollieren — außerhalb des Dienstweges natürlich. Unter diesen Umständen muß es geradezu als politische Schizophrenie bezeichnet werden, wenn ausgerechnet das auflagenstärkste Presseorgan der Bundesrepublik den Wehrbeauftragten wegen seiner Flucht in die Presse aufforderte, seinen Posten aufzugeben — offenbar aus Ärger darüber, daß Heye seine Sorgen *Quick* und nicht der *Bild-Zeitung* anvertraut hat.

Der sachliche Gehalt der Heye-Artikel

Gewiß, Heye mag bei seinem Vorgehen einige Ungeschicklichkeiten begangen haben. Das Wort vom „Staat im Staate“ für die Isolierungsgefahr, in die sich die Bundeswehr zu begeben droht, ist, historisch gesehen und verglichen mit den politischen Bestrebungen der Reichswehr im Weimarer Staat, ein falscher Zungenschlag. Aber vieles von der Verärgerung im Offiziers- und Unteroffizierskorps über die Heye-Veröffentlichung erweist sich bei genauerer Lektüre als gegenstandslos. Kein Offizier und kein Soldat, der sich redlich bemüht, hat Veranlassung, das derbe Wort vom „uniformierten Schrumpfkopf“ auf sich zu beziehen. Heye hat von nichts anderem gesprochen, als von der *Gefahr*, daß solche „Schrumpfköpfe“ herangebildet werden. Seine Veröffentlichung ist weniger eine Kritik am Personal der Bundeswehr als an der völlig überhasteten personellen Aufblähung und der daraus sich ergebenden Überforderung der Vorgesetzten. Sein Urteil kommt nicht aus der Theorie, sondern aus Hunderten und Tausenden von konkreten Fällen. Die Nagold-Prozesse und andere Vorgänge der letzten Zeit haben einen hinreichenden Vorgeschmack davon gegeben.

Zum Glück hat sich die Bundestagsdebatte über den „Fall Heye“ auf die sachlichen Gesichtspunkte konzentriert. Manche Kritik an Heyes Äußerungen, so die Art und Weise, wie z. B. Bundesverteidigungsminister von *Hassel* und der CSU-Abgeordnete Dr. *Jaeger* reagierten, ließ die negative Einstellung gegenüber einer Einrichtung erkennen, die im Auftrage der Volksvertretung die bewaffnete Macht kontrollieren soll. Zum Glück haben alle drei Parteien des Bundestages die Gefahr eines generellen Zweifels an der Institution rechtzeitig erkannt und sich nicht vor diesen Karren spannen lassen. Sie haben begriffen, daß nicht die Bundeswehr als solche in Frage gestellt werden sollte, sondern daß es gerade um eine möglichst hohe Verteidigungseffektivität dieser Einrichtung geht. Alles in allem braucht die „Affäre Heye“ unserem Staatswesen und seinem Verteidigungsinstrument nicht zu schaden, sondern wird ihnen, wenn die nötigen sachlichen Konsequenzen daraus gezogen werden, auf die Dauer nur von Nutzen sein. Noch aber steht — in dem

Augenblick, in dem diese Zeilen geschrieben werden — nicht fest, ob Heye bleibt oder aber ob an seine Stelle etwa eine willfährigere Persönlichkeit tritt. Der von einem Witzbold geprägte Satz: „Man müßte Heye erfinden, wenn es ihn nicht gäbe“, hat einen sehr tiefen Wahrheitsgehalt.

Die Telefongebührenerhöhung

Eine Probe der Standhaftigkeit am falschen Platz hat Bundeskanzler Erhard in der Frage der Telefongebührenerhöhung geliefert. Bundeskanzler und Bundespostminister waren der Auffassung, daß ein drohendes beträchtliches Defizit der Post am einfachsten durch eine kräftige Erhöhung der Gebühren im Telefon- und Fernschreibverkehr ausgeglichen werden könne, also auf einem Sektor, der ohnehin schon Überschüsse abwirft. Dahinter steckte einmal die Überlegung, daß eine Erhöhung der Briefpostgebühren im Jahr vor der Bundestagswahl noch unpopulärer wäre, andererseits, daß die Erhöhung der Telefongebühren automatisch den Bedarf drosseln und die bisher unerfüllten Wünsche von 300 000 bis 400 000 Bewerbern um einen Telefonanschluß beträchtlich reduzieren würde.

Man kann den Parteien des Bundestages den Vorwurf nicht ganz ersparen, daß sie allzuspät in die Vorbereitungen zu diesem Plan, die auf den Anfang des Jahres zurückgehen, eingegriffen haben. So kam es auf Antrag der SPD zu einer Sondersitzung des bereits in die Ferien gegangenen Parlaments Ende Juli — ein Sonderfall in seiner bislang fünfzehnjährigen Geschichte. In dieser Sitzung wurde zwar die von den Sozialdemokraten beantragte Rückgängigmachung der zum 1. August 1964 vom Postminister angeordneten Gebührenerhöhung durch geschlossenes Vorgehen der Regierungsparteien mit 252:165 Stimmen abgelehnt. Jedoch kam die Bundesregierung bei der Abstimmung über den FDP-Antrag, die Gebührenerhöhung bis zur Vorlage eines Berichts der Sachverständigenkommission über die Finanzlage der Post auszusetzen, nur mit der knappen Mehrheit von 201:194 gerade noch an einer Niederlage vorbei, und auch das nur vorwiegend dadurch, daß vier FDP-Minister gegen ihre eigene Partei stimmten. Die Freien Demokraten mußten sich eine Rüge des Bundeskanzlers gefallen lassen.

Man kann das Abstimmungsergebnis der Sondersitzung vom 29. Juli nur einen Pyrrhussieg für Erhard und die Regierungsparteien nennen. Der Kanzler wie Fachminister *Stücklen* haben zwar versucht, die Schuld für die unpopuläre Gebührenerhöhung auf die Arbeitnehmerschaft des sehr lohnintensiven Postbetriebes zu schieben. Die Gebührenerhöhung wäre, so drückte sich der Kanzler aus, dann zu vermeiden gewesen, wenn sich die

Tarifpartner in ihren Ansprüchen an das Sozialprodukt bescheidener gezeigt hätten. Erhard hat sich aber von dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, *Fritz Erler*, sagen lassen müssen, er, Erhard, habe seine Glaubwürdigkeit in Fragen der Preis- und Maßhaltepolitik verloren — ein schwerer, aber angesichts der Gebührenerhöhungen im Ausmaß von 25, 50 und mehr Prozent berechtigter Vorwurf.

Dieser Vorwurf ist um so berechtigter, als es durchaus Wege gegeben hätte, die Gebührenerhöhung zu vermeiden. Ein sozialdemokratischer Vorschlag ging dahin, die 6²/_s-Prozent-Abgabe der Bundespost an die Bundesregierung nur dann und insoweit zu erheben, als Gewinne erzielt werden, zum anderen die Post von betriebsfremden Lasten (zur Zeit etwa 600 Millionen DM) zu befreien. Die notwendigen Etatmittel hätten geschaffen werden können, wenn die für das nächste Jahr, das Wahljahr, vorgesehene Steuersenkungen wegfielen oder umgruppiert würden. Die Regierung hat eine allgemeine Umlegung des Postdefizits auf die Steuerzahler mit der Begründung abgelehnt, die Verteuerung müßten die Postkunden tragen, ein Argument, das allein schon dadurch widerlegt ist, daß das Defizit gar nicht bei den Telefon- und Fernschreibdiensten entstanden ist. Zum anderen wird auch die jetzt beschlossene Art der Gebührenerhöhung die Allgemeinheit der Steuerzahler indirekt dadurch belasten, daß sie, wenigstens soweit sie die Geschäftsleute trifft, von diesen auf den Preis der Waren geschlagen werden wird.

Erhards Standhaftigkeit in dieser Frage ist aber auch schon deshalb keine Tugend, weil die jetzt getroffene Regelung eine Übergangs- und Flicklösung ist und das Defizit auf die Dauer nicht beseitigt. Die Misere der Post kommt letztlich auch nicht von der Bundesabgabe, sondern von fehlender kaufmännischer Rationalisierung und einer gänzlich falschen Finanz- und Verbraucherpolitik der Post. Es ist einfach nicht wahr, daß die Post seit vielen Jahren bei ihren Preisen geblieben sei; sie hat die allgemeine Preissteigerung durch einen ständigen Rückgang ihrer Leistungen mitgemacht. Sie hat durch ihre monopolistische Bedarfsdrosselung auf Millionen DM von Einnahmen verzichtet, die ihr bei Befolgung der Marktgesetze zugeflossen wären. Man braucht nur an die Millioneneinnahmen zu denken, die die Post hätte, würde sie alle Telefoninteressenten befriedigen. Jeder kann sich ausrechnen, mit welchem riesigem und ungesundem Zinsendienst ein Unternehmen belastet wird, das wie die Bundespost bei einem Eigenkapital von 1,2 Milliarden DM nicht weniger als 12 Milliarden DM Fremdkapital in Anspruch nimmt.

Unter diesen Umständen ist es nicht nur das gute Recht der Opposition im Hinblick auf die nächstjährigen Bundestagswahlen, das

schwerste Geschütz gegen die Telefongebührenerhöhung aufzufahren und neue Anträge für die Rückgängigmachung in Aussicht zu stellen. Es erscheint geradezu als eine Pflicht aller Verantwortungsbewußten, auf eine Reform der Post an Haupt und Gliedern zu drängen, wenn diese Einrichtung nicht über kurz oder lang vollständig zusammenbrechen soll. Die politische Bagatellisierung, die gewisse Kreise der Postgebührenfrage im Vergleich etwa zu außenpolitischen Fragen zuteil werden ließen, ist einfach unverantwortlich. Das gesunde Funktionieren der Post ist sicher von ähnlicher hochpolitischer Bedeutung wie etwa das Zollproblem im Rahmen der EWG oder andere dringliche Fragen der Wirtschaftspolitik. Daß ausgerechnet ein von der Wirtschaftspolitik herkommender Politiker wie Bundeskanzler Erhard das nicht verstehen will, ist unbegreiflich. Seine Energie und Standhaftigkeit gebührt der Rationalisierung und Heilung der Post, nicht einem billigen Herumkurieren an den Symptomen, wie es die letzte Gebührenerhöhung darstellt. *Dr. Hans Henrich*